

Aachen
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Castrop-Rauxel
Dortmund
Duisburg
Düren
Düsseldorf
Essen
Gelsenkirchen
Gladbeck
Gütersloh
Hagen
Hamm
Herford
Herne
Iserlohn
Krefeld
Köln
Leverkusen
Lüdenscheid
Marl
Minden
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Münster
Nettetal
Neuss
Oberhausen
Recklinghausen
Remscheid
Siegen
Solingen
Viersen
Willich
Witten
Wuppertal

Inhalt

2-5

Im Fokus

- NRW-Städte gegen Milliardenkürzungen des Bundes bei Flüchtlingskostenfinanzierung
- Städtetag NRW zum Kohleausstieg: Strukturwandel in allen strukturschwachen Kommunen weiter fördern
- Die neue Bauordnung NRW 2018 – Nachjustieren ist erforderlich

6-10

Aus den Städten

- Aktionsplan Gewalt gegen Einsatzkräfte
- Verfahren der Feuerwehr Düsseldorf „Erfassung kritischer Einsätze“
- „Medienkompetente KiTas“

11

Gern gesehen

- Das Ruhrfestspielhaus in Recklinghausen – ein Ort mit ganz besonderer Atmosphäre im Grünen

11-13

Fachinformationen

14-15

Kaleidoskop

16

Termine

NRW-Städte gegen Milliardenkürzungen des Bundes bei Flüchtlingskostenfinanzierung

Die Städte in Nordrhein-Westfalen lehnen die vom Bund geplanten Milliardenkürzungen bei der Flüchtlingsfinanzierung ab. Der Städtetag NRW appelliert anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin an Bund und Länder, sich auf eine verlässliche, hinreichende und auf Dauer angelegte Finanzierung für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ab 2020 zu verständigen. Bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern müssten außerdem die Aufwendungen für abgelehnte, aber geduldete Flüchtlinge berücksichtigt werden, die in den Städten leben.

Der Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann aus Hamm, sagte nach einer Vorstandssitzung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Hamm: „Der Bund will seine Mittel für die Flüchtlingsfinanzierung sehr stark kürzen. Das ist so auf keinen Fall vertretbar. Auch wenn die Zahl der neu ankommenden Asylbewerber sinkt, sind viele Menschen unterschiedlichster Herkunft mit nicht ausreichenden Sprachkenntnissen und Qualifikationen im Land. Damit ihre Integration vorankommt, brauchen wir noch lange finanzielle Unterstützung. Gleichzeitig wächst die Zahl der Geduldeten, derzeit sind das 180.000 Menschen bundesweit. Viele von ihnen müssen weiter versorgt werden. Da kann sich der Bund nicht einfach aus der

Verantwortung schleichen. Vor Ort, wo die Menschen miteinander leben, entscheidet sich, wie schnell und wie gut die Integration gelingt. Die Städte erwarten vom Bund, dass er sich auch in Zukunft maßgeblich an den Kosten der Länder und Kommunen beteiligt. Und es ist wichtig, dass die Mittel dort ankommen, wo die Integrationsarbeit geleistet wird, also in den Kommunen. Dafür muss auch in Zukunft ein passender Weg gewählt werden.“

Ende des Jahres laufen viele bestehende Regelungen zur Flüchtlingsfinanzierung durch den Bund aus. Das gilt vor allem für die 670-Euro-Pauschale für Asylbewerber im Verfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge. „Wir brauchen eine kluge Folgeregelung für die Flüchtlingsfinanzierung, mit der Bund und Länder dauerhaft Verantwortung übernehmen. Aus Sicht der Städte muss ein Element von mehreren weiterhin die Übernahme der Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund sein. Dieses Instrument hat sich bewährt. Damit werden die Kommunen in diesem Bereich zielgenau in dem Maße entlastet, wie sie mit Ausgaben belastet sind. Diese Mittel allein werden aber nicht ausreichen, vor allem für die Integration sind weiterhin erhebliche Summen nötig“, so Hunsteger-Petermann.

„Eildienst“ elektronisch nutzen oder per Newsletter beziehen

Die Publikation „Eildienst“ kann als PDF-Datei elektronisch genutzt oder per E-Mail bezogen werden. Interessenten können die aktuelle Ausgabe abrufen im Internetangebot des Städtetages Nordrhein-Westfalen unter <http://www.staedtetag-nrw.de/veroeffentlichungen/eildienst/index.html>

Alternativ dazu gibt es die Publikation „Eildienst“ auf Wunsch auch regelmäßig als Newsletter via E-Mail. Bestellungen dazu bitte unter presse-info@staedtetag-nrw.de